

Für ein Europa der Regionen

JA zu Europa – NEIN zu dieser EU

Wir bekennen uns klar zur europäischen Integration. Ziel einer solchen Integration muss ein friedliches, bürgernahes und demokratisches Europa sein, das die richtigen Rezepte für die Herausforderung einer stetig steigenden Globalisierung parat hat und den EU-Bürgern Sicherheit und Wohlstand gewährleistet.

Leider setzt die EU in ihrer derzeitigen Form vielfach falsche Schwerpunkte, was zu einer zunehmenden Skepsis der Bürger bzw. Ablehnung führt. Der Unmut über die Bevormundungspolitik steigt kontinuierlich.

Regional statt zentral

Wir wollen die Europäische Union nicht als zentralistischen Superstaat verstanden wissen, sondern als ein Europa der Vaterländer, der Regionen. Ein Europa, das im Inneren auf die Stärke der Nationalstaaten aufbaut und regionale Vielfalt als Merkmal der Identität der einzelnen Staaten betrachtet. Weniger Bevormundung aus Brüssel und mehr Gestaltungsfreiheit für die Mitgliedsstaaten, muss die Devise lauten.

Wer für eine gemeinsame europäische Zukunft eintritt, muss die Fehlentwicklungen der EU an den Pranger stellen. Wer das, was Europa ausmacht, die kulturelle und nationale Vielfalt, erhalten will, muss die zentralistischen Tendenzen des Lissaboner Vertrags und der EU-Bürokratie bekämpfen.



EU gegen Bürgerinteressen

Die Politik der Union konzentriert sich viel zu sehr auf die Beeinflussung der Mitgliedsstaaten und agiert nach außen hin kaum oder nur zögerlich. Es kann nicht sein, dass die europäische Union sich weiterhin in der bisherigen Art und Weise über die Bürger der jeweiligen Mitgliedsstaaten stellt und von oben herab agiert.

Schlagender Beweis für die Doppelbödigkeit der EU, die die Vorarlberger Bevölkerung am eigenen Leib zu spüren bekommen hat, war die negative Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur S18. Auf der einen Seite glorifiziert man in Brüssel den freien Warenverkehr und verordnet ungeachtet der nationalen Interessen „freie Fahrt“ durch die Alpen, auf der anderen Seite bringt man für die Menschen wichtige, lokale Entlastungsprojekte zu Fall. Dass da die Akzeptanz der Menschen gegenüber der Europäischen Union sich gegen Null bewegt, darf keinen wundern.

Ein paar Vögel werden von den Brüsseler Bürokraten wichtiger bewertet als die Interessen tausender, lärmgeplagter Menschen. Die EU muss sich wieder zu den Bürgern hinbewegen und deren Interessen in den Vordergrund stellen.

Weniger Geld für Brüssel – mehr Geld für Österreich

Nachdem beinahe die Hälfte des EU-Haushaltes in die Landwirtschaft fließt, könnte bei einer Renationalisierung der Nettobeitrag Österreichs gesenkt werden. Weniger Geld für Brüssel bedeutet mehr Geld für Österreich und seine Bevölkerung.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten können besser beurteilen, welche Maßnahmen zur Produktion von hochwertigen Lebensmitteln und zur Landschaftspflege notwendig sind. In den Tintenburgen in Brüssel ist man nur bemüht, Gelder abzuziehen und umzuverteilen. Wir wollen über die Verwendung unserer Gelder selbst entscheiden und sie Österreich zugute kommen lassen.

Die wiederkehrende Veröffentlichung der EU-Subventionen zeigt auch die Notwendigkeit einer umfassenden Transparenz in allen Bereichen der EU-Förderpolitik. Die Unionsbürger haben ein Recht zu erfahren, was mit den EU-Fördergeldern passiert. Auch die Vorarlberger Bevölkerung zahlt fleißig in die EU-Töpfe ein. Wohin diese Gelder dann letztendlich fließen, erfahren allerdings nur einige Bürokraten in Brüssel und Wien. Hier braucht es deutlich mehr Transparenz.

KEIN EU-Beitritt der Türkei

Die EU spricht sich jetzt offen für eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus und ignoriert dadurch erneut die ablehnende Haltung der Bevölkerung. Ziel der Union muss es sein, zwar eine Partnerschaft anzustreben, aber vom Vollbeitritt deutlich Abstand zu nehmen.

Die Türkei war niemals europäisch und wird es auch niemals sein, weder politisch noch kulturell. Dieser Tatsache muss auch Brüssel offen und ehrlich ins Auge blicken.



Gegen den Willen der Bevölkerung weiterhin Verhandlungen zu führen und sie auch noch zu beschleunigen ist ein untrügliches Zeichen für das mangelnde Demokratieverständnis der Brüsseler Bürokraten. In dieser sensiblen Frage muss die Bevölkerung mit eingebunden werden. Eine Volksabstimmung über den möglichen EU-Beitritt der Türkei ist daher ein MUSS.

Dafür treten wir ein:

- **NEIN zu europäischem Superstaat – regional statt zentral. Denn wir wollen nicht fremd bestimmt werden!**
- **Renationalisierung der EU-Agrarförderung. Damit Österreich mehr Geld bleibt.**
- **Mehr Transparenz bei der EU-Förderpolitik. Damit wir wissen, was mit unserem Geld passiert.**
- **KEIN EU-Beitritt der Türkei. Denn wir wollen nicht islamisiert werden.**